

Niederschrift

über die 12. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses des Rates der Stadt Sassenberg (2009-2014) am 26.01.2012 im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend sind unter dem Vorsitz von Bürgermeister Josef Uphoff

die Ausschussmitglieder

Arenhövel, Martin	-zu Pkt. 5 ztw., bis Pkt. 6-
Buddenkotte, Wilhelm	
Ostlinning, Ludger	
Völler, Wolf-Rüdiger	
Westhoff, Alfons	
Heseker, Ludwig	-zu Pkt. 3 ztw., ab Pkt. 4-
Lange, Martin	
Oertker, Herbert	
Röhl, Philipp	
Franke, Michael	
Westbrink, Norbert	-als Vertreter für Am. Schumacher-
Philipper, Johannes	

vom Verein "Münsterland e. V."

Kösters, Michael	-zu Pkt. 6-
------------------	-------------

von der Verwaltung

Kniesel, Martin
Schlotmann, Theodor
Holtkämper, Guido
Helfers, Helmut
Schilling, Josef
Nüßing, Günter

Bürgermeister Uphoff eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr. Er stellt fest, dass zu der Sitzung form- und fristgerecht geladen wurde. Der Ausschuss ist beschlussfähig. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Öffentlicher Teil

1. Bericht des Bürgermeisters

1.1. Sekundarschule Sassenberg

Bgm. Uphoff greift die Beratungen in der Sitzung des Sozial-, Jugend-, Kultur-, Sport- und Schulausschusses am 17.01.2012 –Pkt. 1.2 d. N.- auf. Zur geplanten Errichtung einer Sekundarschule in Sassenberg mit Teilstandort Beelen gibt der Bürgermeister nähere Hinweise zu den in Sassenberg und Beelen vorgesehenen Informationsveranstaltungen, Tagen der Offenen Tür sowie Anmeldeterminen. Es sei beabsichtigt, bereits am 27.02.2012 das Ergebnis des Anmeldeverfahrens in Sassenberg bekannt zu geben.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

1.2. Errichtung einer Gesamtschule in Warendorf

Unter Hinweis auf die Beratungen in der Sitzung des Sozial-, Jugend-, Kultur-, Sport- und Schulausschusses am 17.01.2012 –Pkt. 1.1 d. N.- geht der Bürgermeister auf die seitens der Stadt Warendorf beabsichtigte Errichtung einer Gesamtschule ein. Hierbei erwähnt der Bürgermeister insbesondere das am heutigen Tage durchgeführte Mediationsgespräch bei der Bezirksregierung Münster. Dieses Abstimmungsgespräch sei erforderlich geworden, da drei Umlandgemeinden (Beelen, Telgte und Sassenberg) im Hinblick auf die eigenen Schulentwicklungsplanungen Bedenken gegen die Errichtung einer Gesamtschule in Warendorf geäußert haben. In dem Gespräch habe Einvernehmen darüber bestanden, dass die Stadt Warendorf mit der Schulgründung nicht beabsichtige, auswärtige Schüler und Schülerinnen anzuwerben. Vielmehr beabsichtige die Stadt Warendorf, den durch Elternbefragung dokumentierten gemeindeeigenen Bedarf abzudecken. Die Schaffung eines Einzugsbereiches für das Stadtgebiet Warendorf sei nach dem Schulgesetz unzulässig, da auswärtigen Schülern ein Schulangebot, das sie an ihrem Wohnort nicht haben, nicht verwehrt werden dürfe. Letztlich geht der Bürgermeister davon aus, dass an der Gesamtschule in Warendorf voraussichtlich wenige auswärtige Schüler angemeldet werden und die Qualität der Sekundarschule Sassenberg für eine Anmeldung in Sassenberg spreche.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

2. Genehmigung und Bekanntgabe von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen

Entfällt.

3. Quartalsbericht über die Ausführung des Haushaltes

Anhand der Vorlage vom 11.01.2012 und der als Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügten Finanzstatusübersicht gibt die Verwaltung einen Bericht zur Ausführung des Haushaltes 2011 zum Ende des 4. Quartals. Insbesondere wird die Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen und die gegenüber dem Planansatz verbesserte Kassenliquidität erwähnt. Nachdem Am. Völler kurz die positive Entwicklung der Kassenliquidität anspricht, greifen er und Am. Oertker die Gewerbesteuerentwicklung auf. Hierzu gibt der Bürgermeister nähere Erläuterungen.

Der Ausschuss nimmt den Qualitätsbericht über die Ausführung des Haushaltes 2011 zur Kenntnis.

4. Haushaltsplan 2012

Bgm. Uphoff ruft zunächst die bisherigen Beratungen in den Ausschüssen zum Haushaltsplan 2012 in Erinnerung. Die Verwaltung trägt weiter die den Haupt- und Finanzausschuss betreffenden Ansätze folgender Produkte im Teilergebnisplan bzw. Teilfinanzplan vor, wobei hierbei die Ansätze auf der Grundlage der im Haushaltsplanentwurf aufgeführten Hinweise zu Teilpositionen erläutert werden:

- 01.01.01 Politische Gremien
- 01.04.01 Rechnungsprüfung
- 01.05.01 Zentrale Dienstleistungen
- 01.06.01 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- 01.06.02 Städtepartnerschaft

- 01.07.01 Personalmanagement
- 01.08.01 Finanzmanagement und Geschäftsbuchung
- 02.07.01 Feuer- und Bevölkerungsschutz
- 07.01.01 Krankenhäuser
- 13.02.01 Friedhöfe
- 15.01.02 Tourismus
- 16.01.01 Steuern, Allgemeine Zuweisungen und Umlagen
- 16.01.02 Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft.

Zum Haushaltsplanentwurf nehmen sodann einzelne Ausschussmitglieder Stellung. Am. Westbrink beantragt, die für die Ersatzbeschaffung des Feuerwehrfahrzeuges vorgesehenen Mittel mit einem Sperrvermerk zu versehen. Am. Franke ist der Ansicht, einen entsprechenden Sperrvermerk nicht vorzusehen, da die weiteren Beratungen und letztlich auch die Beschlussfassung über die Beschaffung des Fahrzeuges im zuständigen Ausschuss erfolgen. Ungeachtet der bei einzelnen Produkten bestehenden Probleme, stimme die SPD-Fraktion dem Gesamtpaket „Haushalt 2012“ zu. Gegen die Ausweisung eines Sperrvermerkes, wie von Am. Westbrink beantragt, sprechen sich weiter Am. Philipper und Am. Völler aus. Am. Völler weist besonders auf den Brandschutzbedarfsplan hin. Auf das Verfahren zur Beschaffung des Ersatzfahrzeuges und den entsprechenden Zeitplan geht weiter kurz Bgm. Uphoff ein.

Der Ausschuss stimmt sodann über den Antrag von Am. Westbrink, bei den Mitteln für die Ersatzbeschaffung des Feuerwehrfahrzeuges einen Sperrvermerk auszuweisen, wie folgt ab:

Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	9
Stimmenthaltungen:	3.

Damit ist der Antrag von Am. Westbrink abgelehnt.

Der Ausschuss unterbreitet sodann dem Rat einstimmig folgenden Beschlussvorschlag:

„Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 wird gem. der Anlage 2 zu dieser Niederschrift mit dem Haushaltsplan und den Anlagen beschlossen.“

5. Haushaltskonsolidierung
- Einstellung des Aktualisierungsdienstes für die Hinweistafeln an den Ortseingängen
- Wiederaufnahme der Beratungen aus der Sitzung vom 01.12.2011 Pkt. 7.1 der Tagesordnung

Bgm. Uphoff ruft zunächst die bisherigen Beratungen zur Einstellung bzw. Fortführung des Aktualisierungsdienstes für die Hinweistafeln an den Ortseingängen in Erinnerung. Insbesondere wird anhand der Vorlage vom 22.11.2011, die zur Sitzung des Ausschusses am 01.12.2011 vorgelegt worden sei, das Angebot der Arbeitsgemeinschaft Füchterer Vereine zur Bestückung der Hinweistafeln an den Füchterer Ortseingängen aufgegriffen. Im Übrigen berichtet der Bürgermeister über einen am 25.01.2012 seitens des Gewerbevereins unterbreiteten Vorschlag für die Sassenberger Hinweistafeln. Der Gewerbeverein beabsichtige, großformatige Plakate für bis zu 10 Veranstaltungen/Jahr zum Aushang in den vier Sassenberger Hinweistafeln zu finanzieren. Das Aufhängen der Plakate soll durch Mitarbeiter der Verwaltung erfolgen. Der in diesem Zusammenhang voraussichtlich entstehende Verwaltungsaufwand wird mit rd. 25,00 € bis 40,00 € je Aktualisierung beziffert. Einzelheiten zur inhaltlichen

Aufbereitung der Plakate müssten noch mit dem Gewerbeverein abgestimmt werden.

Zu der Angelegenheit nimmt sodann Am. Oertker Stellung. Es wird vorgeschlagen, die Beratung dieses Tagesordnungspunktes zunächst zu unterbrechen, da eventuell aus dem Fachvortrag des Vertreters des Vereins „Münsterland e. V.“ gemäß Pkt. 6 der Tagesordnung Anregungen bzw. Rückschlüsse auf den Aktualisierungsdienst für die Hinweistafeln gezogen werden könnten.

Der Ausschuss unterbricht sodann seine Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt und setzt diese zunächst mit Pkt. 6 der Tagesordnung fort.

**6. Tourismuskonzept
- Fachvortrag durch einen Geschäftsführer des Vereins Münsterland e.V.**

Nachdem Bgm. Uphoff kurz auf die bisherigen Beratungen zum Antrag der CDU-Fraktion „Tourismuskonzept“ eingeht, hält der ehem. Geschäftsführer bzw. das jetzige Vorstandsmitglied des Vereins „Münsterland e. V.“ Herr Michael Kösters auf der Grundlage der als Anlage 3 dieser Niederschrift beigefügten Power-Point-Präsentation einen Vortrag zur Erstellung eines Tourismuskonzeptes. Hierbei werden auch einzelne Entwicklungen im Tourismusbereich bezogen auf die Stadt Sassenberg dargelegt und einzelne kurzfristig realisierbare Maßnahmen aufgezeigt. Im Übrigen sieht Herr Kösters die Hinweise auf aktuelle Veranstaltungen in den Hinweistafeln an den Ortseingängen positiv.

Zu der Angelegenheit ergibt sich sodann eine rege Diskussion, an der sich verschiedene Ausschussmitglieder beteiligen. Hierbei wird im Wesentlichen die eventuelle Erstellung eines Tourismuskonzeptes und dessen Durchführung, die kurzfristige Realisierung von Maßnahmen bzw. letztlich die weitere Vorgehensweise diskutiert.

Am. Arenhövel hält eine weitergehende externe Beratung für durchaus erforderlich, wobei vor der Erstellung eines Tourismuskonzeptes zunächst eine Kostenschätzung angestrebt werden sollte. Am. Lange ist der Ansicht, die Angelegenheit in kleinen Schritten anzugehen. Von Am. Oertker wird auf die Erstellung eines Tourismuskonzeptes für die Gemeinde Nordkirchen hingewiesen. Die Verwaltung sollte beauftragt werden, zunächst von dieser Gemeinde entsprechende Informationen einzuholen. Am. Philipper und Am. Arenhövel halten weiter fest, dass zunächst eine Kostenschätzung mit der Beschreibung möglicher Verfahrensschritte abgefragt werden sollte. Am. Franke spricht die voraussichtlichen Kosten an und schlägt im Übrigen vor, einen sogenannten „Runden Tisch“ mit Vertretern der Campingplätze und Ferienhöfe zu bilden. Am. Oertker greift diesen Vorschlag auf, und beantragt, dass die Verwaltung beauftragt werden sollte, einen entsprechenden Arbeitskreis vorzubereiten und Informationen über das Tourismuskonzept für die Gemeinde Nordkirchen einzuholen. Am. Völler beantragt sodann, dass eine Kostenschätzung für Planung und Durchführung eines Tourismuskonzeptes bei drei Tourismusexperten unter Einbeziehung der Universität Münster eingeholt werden sollte.

Die Anwesenden diskutieren weiter, ob und ggf. mit welchem Inhalt die zuvor gestellten Anträge getrennt oder zusammen zur Abstimmung gelangen sollen. Mit 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Stimmenthaltung beschließt der Ausschuss:

„Die Verwaltung wird beauftragt,

1. eine Kostenschätzung für Planung und Durchführung eines

Tourismuskonzeptes bei drei Tourismusexperten unter Einbeziehung der Universität Münster einzuholen,

2. nähere Informationen über das für die Gemeinde Nordkirchen erstellte Tourismuskonzept einzuholen und
3. die Bildung eines Arbeitskreises „Tourismus“ unter Einbeziehung der Campingplatzbetreiber und Ferienhöfe vorzubereiten.“

Der Ausschuss setzt sodann seine Beratungen zu Pkt. 5 der Tagesordnung fort.

5. Haushaltskonsolidierung
- Einstellung des Aktualisierungsdienstes für die Hinweistafeln an den Ortseingängen
- Wiederaufnahme der Beratungen aus der Sitzung vom 01.12.2011 Pkt. 7.1 der Tagesordnung

Der Ausschuss setzt seine Beratungen zu den Hinweistafeln an den Ortseingängen fort.

Nachdem Am. Lange darauf hinweist, dass eine gemeinsame Betrachtung aller Hinweistafeln erfolgen sollte, geht der Bürgermeister kurz auf das Angebot der Arbeitsgemeinschaft Füchtorfer Vereine ein. Weiter hält er fest, dass der Vorschlag des Gewerbevereins Sassenberg offensichtlich seitens des Ausschusses grundsätzlich begrüßt werde. Es könnte abgefragt werden, ob die für die Hinweistafeln an den Ortseingängen in Sassenberg vorgeschlagene Lösung eventuell auch für die in Füchtorf aufgestellten Hinweistafeln möglich ist. Eine entsprechende Überprüfung könnte seitens der Verwaltung vorgenommen werden. Dieser Auffassung schließt sich der Ausschuss allgemein an.

7. Energiesparprojekt in ausgewählten städtischen Gebäuden

Anhand der Vorlage vom 20.01.2012 geht die Verwaltung auf die Energieeinsparung bzw. Durchführung von Energiesparprojekten in städtischen Gebäuden ein. Zur Durchführung eines Klimaschutzteilkonzeptes „Energiesparen in Schulen und Kindertagesstätten“ wird die Möglichkeit einer Förderung entsprechender Projekte in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit erläutert. Es sei möglich, dass im Rahmen dieser Richtlinien Schulträger bzw. Träger von Kindertageseinrichtungen für die fachlich inhaltliche Unterstützung der Einführung von Energiesparmodellen für Schulen und Kindertagesstätten über drei Jahre eine Stelle zur Begleitung des Projektes einrichten oder sich von einem externen Beratungsbüro unterstützen lassen. Hierbei könnten 65 % der Personalkosten gefördert werden. Weiter geht die Verwaltung auf die Fördervoraussetzungen für die fachlich inhaltliche Unterstützung gemäß Vorlage vom 20.01.2012 ein, wonach finanzielle Anreizsysteme für die Einrichtungen/Nutzer vorzusehen seien. Zusätzlich zum Energiesparprojekt für die Schulen und Kindertagesstätten sei auch ein Teilkonzept „Energie und Wasser sparen im Rathaus“ vorgesehen. Mit der Durchführung soll in allen Bereichen ein externes Beratungsbüro beauftragt werden. Für die Realisierung der Projekte sei ein Zeitraum vom 01.07.2012 bis zum 30.06.2015 vorgesehen.

Auf Nachfrage vom Am. Völler spricht die Verwaltung die durch Einsparungen gedeckten Kosten an. Nachdem Am. Westhoff und Am. Westbrink die vorgesehenen Projekte ausdrücklich begrüßen, unterbreitet der Ausschuss dem Rat einstimmig folgenden Beschlussvorschlag:

„In der Stadt Sassenberg wird ein Klimaschutzteilkonzept „Energiesparen in

Schulen und Kindertagesstätten“ und „Energie und Wasser sparen im Rathaus“ im Zeitraum vom 01.07.2012 bis 30.06.2015 umgesetzt.

Die Verwaltung wird beauftragt, Fördermittel für die fachlich inhaltliche Unterstützung bei der Einführung und Weiterführung von Energiesparmodellen in Schulen und Kindertagesstätten entsprechend der Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Klimaschutzinitiative zu beantragen. Mit der Durchführung des Projektes ist ein externes Beratungsunternehmen zu beauftragen.

Über die Umsetzung der Projekte ist jeweils im zweiten Halbjahr der Jahre 2013 bis 2015 durch die Verwaltung zu berichten.“

8. Beantwortung von Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anfragen liegen nicht vor.

9. Beantwortung von Anfragen von Zuhörern

Anfragen liegen nicht vor.